

EIN MARSHALL-PLAN FÜR AFRIKA?!

EIN ZWISCHENRUF

Wolfgang Maier



Dr. Wolfgang Maier ist seit 1983 Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und seit 2012 stellvertretender Leiter der Hauptabteilung für Europäische und Internationale Zusammenarbeit. Mehrere Auslandseinsätze für die Stiftung führten den Diplom-Agrarökonom und Dr. sc. agr. (Universität Stuttgart-Hohenheim) nach Swasiland, Tansania und Namibia.

Um die Wirkungen entwicklungspolitischen Handelns festzustellen, stehen uns vielfältige Methoden zur Verfügung – kein Projekt bleibt heute noch unevaluiert. An den Universitäten gibt es Einrichtungen zur Evaluationsforschung; die Geber- und Durchführungsorganisationen verfügen über eigene Evaluierungseinheiten; das neugegründete Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit koordiniert und berät diese und führt auch selbst Evaluierungen durch.

Evaluierungsberichte haben überwiegend einen positiven Tenor (es gibt so gut wie nie unsinnige oder überflüssige Projekte), sie beinhalten meist viele und konstruktive Verbesserungsvorschläge für die weitere Projektarbeit. Institutionelles Lernen vorausgesetzt, müsste also die Qualität der entwicklungspolitischen Bemühungen und deren Wirkungen über die vergangenen Entwicklungsdekaden hinweg stetig zugenommen haben – was durchaus möglich ist. Wenn die Auswirkungen dann immer noch nicht restlos überzeugend (noch gibt es zu viel Hunger in der Welt), sollte das eigentlich an den unzureichenden Quantitäten liegen. Mit mehr Inputs wäre dann eben auch mehr zu erreichen gewesen.

Natürlich ist diese einführende Feststellung reichlich oberflächlich, die Wirklichkeit der Entwicklungszusammenarbeit ist komplex: Man müsste einzelne Regionen und Sektoren unterscheiden, unterschiedliche Institutionen und deren Arbeitsweisen und so weiter. Das ist aber gar nicht das Ziel dieses Beitrags. Es ist ja Vieles, oft mit hohem Engagement, angepackt worden und Manches wurde auch erreicht: Die Frage ist nur, ob das ausreicht.

Schauen wir auf unseren Nachbarkontinent, auf Afrika. Nach wie vor herrscht in vielen afrikanischen Ländern krisenhafte Armut, nicht selten Hunger. Es kommt zu lokalen und regionalen

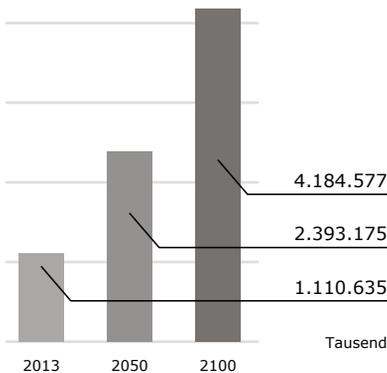
Konflikten, einzelne Regionen sind entwicklungspolitisch überhaupt nicht mehr erreichbar. Die Erfolge einer langjährigen Entwicklungszusammenarbeit sind hier eher bescheiden, vielen Menschen erscheint inzwischen die Flucht aus der Misere als einziger Ausweg. Und selbst dort, wo es noch einigermaßen ruhig ist, gibt es für junge Menschen kaum Aussichten: Sie sehen für sich keine Zukunft mehr.

Das alles ist Gegenwart, und wir registrieren, dass allerorts die Bereitschaft zur Migration wächst. Das Ergebnis sind die Ströme von Flüchtlingen aus zahlreichen Ländern (viele davon aus Afrika), die sich aus unterschiedlichen Gründen auf den Weg nach Europa machen.

Gegenwart ist auch, dass jetzt in Afrika über eine Milliarde Menschen leben. Im Jahr 2050 rechnen die VN mit etwa 2,4 Milliarden Menschen in Afrika, und für das Jahr 2100 (das einige von uns noch erleben dürften) rechnet man mit über vier Milliarden.¹

Abb. 1

Bevölkerung Afrikas / Prognosen

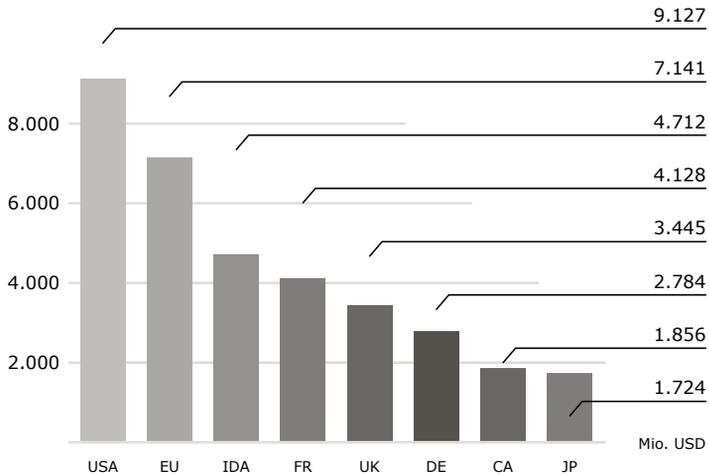


Quelle: VN, Fn. 1.

Wenn wir es in der Vergangenheit schon nicht geschafft haben und es auch heute nicht schaffen, die bereits erkannten Krisen zu bewältigen, wenn also das uns zur Verfügung stehende Instrumentarium qualitativ und quantitativ nicht voll überzeugt: Wie soll man auf diese nicht mehr zu leugnenden, auf uns zukommenden Größenordnungen noch entwicklungspolitisch reagieren?

1 | Vereinte Nationen, „World Population 2012“, http://un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/trends/WPP2012_Wallchart.pdf [07.05.2015].

Abb. 2

Ausgewählte ODA-Geberländer in Afrika 2012

Quelle: OECD, „Development Aid at a Glance. Statistics by Region. 2. Africa“, 2014, S. 2, <http://oecd.org/dac/stats/documentupload/2.%20Africa%20-%20Development%20Aid%20at%20a%20Glance%202014.pdf> [13.05.2015].

Die These dieses Zwischenrufes ist, dass es sich überhaupt nicht mehr um eine entwicklungspolitische Fragestellung handelt – heute schon nicht, und morgen noch viel weniger. Eine Entwicklungspolitik, die den Eindruck erweckt, sie wäre in der Lage, derartigen Herausforderungen zu begegnen, überschätzt sich. Sie wirkt wie ein Versuch, den Blinddarmdurchbruch mit einem Barbiturat, einem suchterzeugenden Schlafmittel, zu bekämpfen.

Das gilt freilich auch für die fast rührend anmutenden Versuche, der humanitären Katastrophe im Mittelmeer mit einer Flotte von Seenot-Rettungskreuzern Herr werden zu wollen. Auch der Bau großer Auffanglager in Nordafrika würde das Problem nicht lösen, eher weiter verschärfen. Soll das etwa ernsthaft die Antwort Europas sein?

Die Herausforderung ist ganz anderer Art: Sie liegt nicht nur, aber auch, bei uns selbst. Wir werden uns mit der Erkenntnis auseinandersetzen müssen, dass ein kleines stabiles Europa ein großes chaotisch-dynamisches Afrika vor der Tür nicht lange wird aushalten können. Zu dieser Erkenntnis gehört auch, dass wir akzeptieren, dass wir uns selbst ändern müssen: Unser Leben und unser Zusammenleben, unsere Kulturen. Das wird vielen von uns

schwer fallen, und es wird zu Spannungen in unseren Gesellschaften, in unseren politischen Systemen führen.



Auf dem Weg nach Europa: Angesichts der steigenden Zahlen von Flüchtlingen ist ein Umdenken in Politik und Gesellschaft nötig. |
Quelle: © Jason Florio, Migrant Offshore Aid Station (MOAS).

Die seit einigen Jahrzehnten periodisch immer wieder über das Mittelmeer schwappenden Flüchtlingsströme sind damit nur ein Vorläufer dessen, was Europa „noch ins Haus steht“. Vor diesem Hintergrund, den die einen als ein Bedrohungs-, die anderen als ein Chancenszenario bezeichnen, verblassen viele andere politische Fragen. Mit ein paar Rettungsbooten mehr im Mittelmeer wird sich Europa jedenfalls nicht mehr lange aus der Verantwortung stehlen können.

Man fragt sich allerdings auch, wo die Stimmen der in den jeweiligen Herkunftsländern der Flüchtlinge politisch Verantwortlichen bleiben: Dass es dazu in den verschiedenen Bürgerkriegsregionen zurzeit keine politische Diskussion gibt, liegt auf der Hand. Was aber ist in den vielen afrikanischen Ländern, in denen es auch ohne akute Krise eine hohe Migrationsbereitschaft gibt? Sollte die Diskussion denn nicht weit über Europa hinaus geführt werden? Wem wandern denn die Menschen, oft genug gerade die besser qualifizierten, ab, die dann erst recht in ihren Herkunftsländern fehlen? Wir erinnern uns: Bildung und Wissen galten einmal als eine wichtige Entwicklungsressource. Ausgerechnet diesen Menschen, die einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen

Aufbau ihrer Heimatländer leisten könnten, einen sicheren Hafen in Europa zu bieten, ist vor diesem Hintergrund geradezu zynisch.

Es fällt, besonders angesichts der Dramatik der medial vermittelten Katastrophen im Mittelmeer, schwer, nachhaltige Lösungen vorzuschlagen. Insbesondere, wenn diese einschneidende Konsequenzen haben müssten.

Dennoch – die Suche nach solchen muss jetzt beginnen, sofort.



In einem Lager des britischen Entwicklungsministeriums: Der europäische Kampf gegen die verschiedensten Probleme in Afrika scheint geradezu aussichtslos. | Quelle: Marisol Grandon, UK Department for International Development, flickr ©©.

Wie wäre es z.B. mit einem Marshall-Plan zur Einrichtung großer Auffangräume, besser: Wirtschaftsräume in den Mittelmeerländern (und ihren südlichen Nachbarn), in denen menschenwürdige Wirtschafts- und Lebensbedingungen für Viele geschaffen würden? Dass die afrikanischen Mittelmeeranrainer dabei massiv unterstützt werden müssten, liegt auf der Hand. Die Hoffnung wäre, dass dadurch völlig neue Wirtschaftskreisläufe entstehen, die sowohl nach Norden als auch nach Süden eine anregende Wirkung entfalten und somit die Ursachen für Armutsflucht eingedämmt würden.² Dafür braucht es zweifellos Phantasie und Mut – am fehlenden Geld sollte es jedenfalls nicht scheitern, schließlich

2 | Für einen neuen Ansatz in der Entwicklungspolitik engagiert sich auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und fordert ein „europäisches Entwicklungskonzept für Afrika“. Vgl. Claudia Ehrenstein/Karsten Kammholz, „Europa hat Afrika viel zu lange ausgebeutet“, Interview, *Die Welt*, 26.04.2015, <http://welt.de/140084006> [13.05.2015].

können auch fast beliebig viele Finanzmittel für die Rettung aller möglichen Arten von Banken aufgetrieben werden.

Ein weiteres Argument kommt hinzu: Wenn die Bevölkerung in Afrika so wächst, wie es alle Demoskopien vorhersagen, dann entstehen hier Märkte nie gekanntes Ausmaßes. Selbst wenn der nachhaltige Abbau der Armut nicht richtig vorankommen sollte, werden diese Märkte allein schon quantitativ rasant wachsen – während die Märkte Europas mindestens demografisch stagnieren werden. Eine dynamisch wachsende Wirtschaftszone vor Europas Türen wäre damit eigentlich für alle eine Chance. Das hat beispielsweise der norwegische Staatsfonds (Government Pension Fund Global, übrigens der weltweit größte) bereits erkannt – er investiert einen größeren Teil seiner Mittel bereits in Afrika.³

Mit herkömmlicher Entwicklungspolitik hätte das freilich nicht mehr viel zu tun, weder was die Inhalte, noch was die Größenordnungen angeht. Gefordert ist eine europäisch-afrikanische Initiative zur Entwicklung eines Großraums, zunächst vorrangig in wirtschaftspolitischer Hinsicht, in öffentlich-privater Partnerschaft, unter Beachtung sozialpolitischer Mindeststandards.

Ein ambitiöses Vorhaben, zugegeben. Aber: Was wäre denn die Alternative?

3 | Bloomberg, „Weltgrößter Staatsfonds setzt auf Afrika“, *Wirtschaftswoche*, 21.04.2015, <http://wiwo.de/11669874.html> [07.05.2015].